

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse Nr. 2) und auswärts bei allen königlichen Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumann, in Leipzig: J. Neumann, in Hamburg: J. Neumann, in Frankfurt a. M.: J. Neumann, in Elbing: Neumann-Verlagsbuchh.

# Danziger Zeitung.

## Ämtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Oberförster Koch zu Diesfeld den R. Kronen-Orden dritter Klasse, dem Kreis-Physikus, Sanitäts-Rath Dr. Froberg zu Saarlouis den R. Adler-Orden vierter Klasse und dem Lehrer Scholz zu Göllichau den Adler der vierten Klasse des R. Hausordens von Hohenzollern zu verleihen.

## (W. T. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Lauenburg, 18. Mai. Die heutige „Lauenburgische Zeitung“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Präsidiums der Lauenburger Ritter- und Landschaft, nach welcher der diesjährige ordentliche Landtag des Herzogthums am 9. Juni zu Rugeburg eröffnet werden wird.

Wien, 18. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Debatte über den Handelsvertrag mit dem Zollverein begonnen. Gegen die Annahme des Vertrages sind 13 Redner eingeschrieben. Abgeordneter v. Winterstein beantragte, die Verhandlung so lange zu vertagen, bis der am 1. Juli d. J. in Wirksamkeit tretende Zolltarif zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt sein werde. Morgen Fortsetzung der Debatte.

Hannover, 18. Mai. Eine Uebereinstimmung beider Kammern hinsichtlich der Verfassungsrevision ist nicht erzielt worden. Ein königliches Schreiben verlegt die allgemeine Ständeverammlung bis auf Weiteres.

Paris, 18. Mai. Im gesetzgebenden Körper wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, laut welchem die Stadt Paris zu einer Anleihe von 250 Millionen Franken, in 60 Jahren tilgbar, autorisiert wird.

Paris, 18. Mai. Nach dem heutigen Bankausweise haben sich vermehrt: der Baarvorrath um 15 $\frac{1}{2}$ , das Guthaben des Schatzes um 3 $\frac{1}{2}$ , die laufenden Rechnungen der Privaten um 10 $\frac{1}{2}$  Millionen Franken. Vermindert haben sich dagegen das Portefeuille um 19, der Notenumlauf um 9 $\frac{1}{2}$  Millionen Franken.

Wien, 18. Mai. Im heutigen Privatverkehr war die Haltung im Allgemeinen reservirt, jedoch nur Staatsbahn matter. Creditactien 183,50, Nordbahn 183,30, 1860er Loose 93,15, 1864er Loose 88,40, Staatsbahn 188,30, Galizier 213,20.

London, 18. Mai. Nach dem heute erschienenen Bankausweise beträgt der Notenumlauf 21,307,000 (Zunahme 73,125), der Baarvorrath 15,023,913 (Zunahme 161,811), die Notenreserve 7,426,115 (Zunahme 51,165) Pf. St.

London, 17. Mai. Der Dampfer „North American“ hat Nachrichten aus New-York in Cork abgegeben, welche bis zum 6. d. Nachmittags reichen. Man versicherte, daß ein südafrikanischer Agent in Bermuda vom gelben Fieber vergiftete Kleider aufgekauft habe, in der Absicht, dieselben nach New-York zu schicken.

Wechselkurs auf London 156 $\frac{1}{4}$ , Goldagio 42 $\frac{1}{2}$ , Bonds 105 $\frac{1}{4}$ , Baumwolle 47.

New-York, 6. Mai. (In City of Washington.) Der Proceß gegen die Mörder beginnt nächste Woche in Washington. Eine General-Ordnung des Generals Halleck gestattet den conföderirten Militair- und Civilbeamten, den Eid der Treue zu schwören und verleiht ihnen Amnestie. Die New-Yorker Handelskammer befürwortet die Versöhnungspolitik. Sämmtliche conföderirten Truppen Floridas sind angeblich zur Capitulation bereit. Swards Genesung macht gute Fortschritte. (R. S.)

## Landtagsverhandlungen.

(Abend. C.) 52. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 18. Mai.

Vor der L.-D. erhält das Wort der Abg. Graf Renard: Der Abg. Waldeck hat in der Sitzung vom 4. Mai, in der ich nicht anwesend war, von Reactionairen gesprochen, die im J. 1848 ins Wasser gefallen seien, die sich „Bürger Renard“ und anders genannt. Herr Waldeck hat auf Befragen geantwortet, er habe die Aeußerung nicht aus eigener Wissenschaft, sondern dem Vortrage eines Redners und aus einer früheren Sitzung dieses Hauses entnommen. Es ist mir indifferent, von wem die quästionierte Aeußerung originirt, die Thatsache selbst erkläre ich für eine Lüge. — Abg. Großmann: Der stenographische Bericht hat mich bei der namentlichen Abstimmung am Sonnabend (Gebäudesteuer) unter die Fehlenden gesetzt, während ich anwesend war und mit „Ja“ gestimmt habe. Ich habe überhaupt noch nie in irgend einer Sitzung gefehlt.

Nach Erledigung des Berichts über den Betrieb der Staatseisenbahn im J. 1864 folgt der Bericht über den Antrag des Abg. v. Benda, in Betreff der Uebernahme der Grundsteuer-Regulirungskosten auf die Staatskasse folgendes Gesetz zu beschließen:

§ 1. Der § 6 Alin. 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1861, die anderweite Regulirung der Grundsteuer betreffend, wird aufgehoben. § 2. Die für die Grundsteuer-Regulirung nach der eben gedachten Gesetzesvorschrift vorausgabten oder noch zu vorausgabenden Kosten werden auf die Staatskasse übernommen. § 3. Der Finanzminister wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. (§ 6 Alin. 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1861 lautet: „Die durch die Ausführung entstehenden Kosten sind, so weit sie auf die beiden westlichen Provinzen treffen, von diesen, so weit sie auf die sechs östlichen Provinzen treffen, von den letzteren aufzubringen. Einstweilen sind sämmtliche Kosten aus der Staatskasse vorzuschießen und dieselben nach Vollendung des Abschätzungswertes in mäßigen Jahresraten allmählig wieder zuzuführen.“) — Die Commission hat die Annahme des vorstehenden Gesetzentwurfs empfohlen.

Abg. Reichensperger hat dazu folgendes Amendement gestellt: „dem § 2 (des Gesetzentwurfs) folgenden Zusatz zu geben: Der den beiden westlichen Provinzen nach § 6 Alinea 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1861 in Verhältniß zur Repartition der Kosten auf die gesammte Monarchie betreffende Ueberschlag der Kosten wird denselben auf das Grundsteuer-Contingent von 1866 gutgeschrieben.“

Abg. Graf Wartensleben: Es ist eine bekannte Sache, daß, wenn in Japan Jemand zum Tode verurtheilt wird, so schickt ihm die Regierung ein Schwert umsonst, um sich damit ums Leben zu bringen; hier in Preußen findet das freilich nicht statt; hier sagt man uns bloß, wie es mit dem Grundsteuergesetz gesehehen ist: ich nehme dir von Gesezeswegen ein Recht, aber du mußt auch noch die Kosten tragen (Heiterkeit). Wenn es sich um ein neu zu beratendes Gesetz handelte, so würde ich dagegen stimmen, daß den Grundbesitzern auch noch die Kosten auferlegt werden sollten. So aber handelt es sich gegenwärtig um ein vollendet vorliegendes Gesetz; die Kosten der Veranlagung sind aus dem Staatschatz gezahlt worden und es müßte eine Aenderung des Gesetzes über den Staatschatz selbst beschloffen werden, wenn man ihm die Wiedererstattung der Kosten entziehen wollte. Dann scheint es mir auch, daß die Kosten schon um deshalbs nicht dem Staatschatz zur Last gelegt werden dürfen, weil dies eine ungerechtfertigte Härte gegen die Bauern und kleinen Grundeigentümer sein würde, die ihren Theil tragen und die also, wenn die großen Grundbesitzer nun frei ausgehen sollten, sich nicht unerheblich benachtheiligt sähen. Hätte der Antragsteller auch diese Kosten der kleinen Eigentümer in seinen Antrag hineingezogen, so würde ich eher dafür stimmen können, als jetzt, da nur die großen Grundeigentümer von dem Antrage Vortheil ziehen sollen. Wenn derselbe im Uebrigen in früherer Zeit, als der Conflict zwischen der Regierung und der Majorität noch nicht in der jetzigen Schärfe bestanden hat, eingebracht worden wäre, so würde man ihm mit Unbefangenheit gegenübersehen können; so aber ist dieser Antrag äußerst unzeitgemäß, weil er fast den Anschein hat, als ob er auch dazu dienen sollte, zu den übrigen Maßregeln, durch welche die Majorität der Regierung all und jede Mittel zu entziehen sucht, die Entziehung des Staatschatzes hinzuzufügen. Schließlich muß ich bemerken, daß ich eigentlich nicht begreifen kann, wie diejenigen Herren, welche das Grundsteuergesetz zu Stande gebracht haben, schon wieder daran denken können, es abzuändern. Die Herren hätten den Kostenpunkt früher in Erwägung ziehen sollen und sich nicht dadurch täuschen lassen dürfen, daß ihnen damals die liberalen Minister sagten, die Kosten würden bloß 3 Mill. R. betragen.

Abg. Reichensperger: Daß die Erhaltung des Staatschatzes notwendig sein sollte, kann ich nicht zugeben; im Gegentheil, ich finde es nicht rathsam, daß etwa 20 Millionen nutzlos liegen bleiben sollen, bloß in der Voraussetzung, daß man für irgend welche Actionen bereits Mittel habe, und ich glaube, daß die Regierung selbst es einsehen muß, wie sie genöthigt sein wird, in solchen Momenten stets auf die Kräfte des Landes zurückzukehren zu müssen. Ich bin nun der Meinung, daß die bereiten Mittel des Staatschatzes entweder zur Schuldentilgung oder zur Ermäßigung der Steuerlasten verwendet werden sollen. Wenn aber das letztere der Fall sein soll, so können doch nur diejenigen Ermäßigungen an Lasten eintreten, welche für die nothwendigsten gehalten werden, und da muß ich denn doch darauf aufmerksam machen, daß der Generalbericht der Budget-Commission, welcher die Bedürfnisse und Lasten so gründlich erörtert hat, ganz andere Ermäßigungen als nothwendig bezeichnet hat, so daß das Haus, ohne in einen flagranten Widerspruch mit sich selbst zu treten, unmöglich beschließen kann, heute diese eine Abgabe abzuschaffen, und die Kosten der Veranlagung auf den Staatschatz abzuwälzen. Wenn aber die Majorität beschließen sollte, den Antrag des Abg. v. Benda anzunehmen, so würde die einfache Pflicht der Gerechtigkeit es gebieten, auch meinem Amendement zuzustimmen. Wenn die Kosten auf den Staatschatz übernommen werden sollen, so findet gewissermaßen eine Vertheilung des Staatschatzes unter diejenigen statt, welche die Kosten aufbringen sollten und da meine ich, dürfen die Rheinlande nicht zu kurz kommen.

Abg. Kraas: Nach dem Antrage des Abg. v. Benda sollen die Kosten für die Grundsteuer-Veranlagung abgewälzt werden auf die Allgemeinheit, auf die andern Klassen. Das finde ich nicht gerechtfertigt.

Nachdem der Abg. v. Kirchmann gegen das Amendement Reichenspergers gesprochen, da die Rheinprovinz ohnehin bei der Grundsteuer besser fortgekommen, als die übrigen Provinzen, erklärt sich der Abg. v. Mitschke-Cellande gegen den Benda'schen Antrag. Er sagt: Das Herrenhaus hat, als es die Grundsteuer votirte, angenommen, die Grund- und Gebäudesteuer werde dazu verwendet werden, um die Kosten der Armeeorganisation zu decken. Nun haben wir die Grund- und Gebäudesteuer, aber die Reorganisation der Armee ist noch immer offene Frage. Die Regierung kann nicht umhin, sich zu halten an allen Einnahmen, die ihr gesetzlich zustehen, und zu diesen gehören auch die aus dem Staatschatz vorgezeichneten Kosten für die Veranlagung der Grund- und Gebäudesteuer. Ich glaube, daß Jeder von uns, der die Angriffe der Majorität auf die Armeeorganisation auch nur theilweise nicht theilt, für den Antrag v. Benda nicht stimmen kann. Ich glaube aber auch, daß die Staatsregierung darauf Bedacht nehmen wird, mit der Einziehung der Steuer so schonend als möglich zu Werke zu gehen, und ich spreche außerdem die Hoffnung aus, daß sie, wenn der Conflict gehoben sein wird, wenigstens einen Theil der Kosten für die Grundsteuer-Veranlagung auf ihre Schultern nehmen möchte.

Abg. v. d. Heydt: Ich halte das Grundsteuergesetz für so wichtig, daß ich ohne die dringendste Nothwendigkeit von keiner Seite daran gerüttelt sehen möchte. Der Antrag von heute wurde uns schon damals eingebracht, doch ward er abgelehnt. Wenn der Umstand als Hauptargument für den Antrag geltend gemacht wird, daß die Veranschlagungskosten statt der erwarteten 3 Millionen 7 Millionen betragen, so ist darauf zu erwidern, daß schon im J. 1861 ziemlich allgemein die Annahme geherrscht hat, jene Summe sei viel zu gering angelegt, ich selbst habe das damals ausgesprochen und die

Regierung hat um die Mitte des J. 1862 eine Denkschrift vorgelegt, worin nachgewiesen wurde, daß jene Summe bereits überschritten sei und sich mindestens auf die doppelte Höhe der früher angelegten belaufen werde. Damals aber war der Bestand des Staatschatzes ein doppelt so großer, wie gegenwärtig, und demnach ward damals von keiner Seite ein Antrag auf Abänderung des Steuergesetzes gestellt. Dieser Antrag erinnert an eine Reihe früherer Anträge, die alle darauf abzielen, den Staatschatz zu leeren und die Finanzkräfte des Staates zu schwächen; er erinnert an den Antrag der vorletzten Sitzung, die Erhebung der Gebäudesteuer zu sistiren; er erinnert daran, daß man die Eisenbahnen aus dem Staatschatz gebaut haben will, daß die Bedürfnisse der Marine aus dem Staatschatz bestritten werden sollen u. dgl. mehr. Mit Recht hat dem gegenüber die Regierung in der Commission geltend gemacht, daß der Bestand des Staatschatzes durch den letzten Krieg geschwächt sei, daß schon die Rücksicht auf die Nachstellung des Staates uns bestimmen müßte, von solchen Anträgen abzustehen. Preußen bedarf einer starken Regierung (hörl.) und eines Staatschatzes, der ihr stets bereite Mittel in die Hand giebt. Ohne solche bereiten Mittel hätte die Regierung den letzten Feldzug nicht so glorreich zu Ende führen können, wie es geschehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hennig: Der Vorredner hat erklärt, Preußen bedürfe eines Staatschatzes. Hätte er das mit Bezug auf die gegenwärtige Regierung gesagt, so könnte ich es zugeben. Gewiß, die gegenwärtige Regierung, die bedarf eines Staatschatzes, aber ein Regiment, das verfassungsmäßig geführt wird, das bedarf in Preußen keines Staatschatzes (Bravo! sehr wahr!), das wird immer seine besten Hilfsmittel haben in der Steuerkraft des Volkes, welche einer populären Regierung bei einer ausbrechenden Krisis in besserer und nachhaltiger Weise zu Seite steht, wie jeder noch so gefüllte Staatschatz. (Sehr wahr!) Die Regierung hat bei Einbringung des Gesetzes ausdrücklich erklärt, daß die Veranschlagungskosten nur 3 Millionen betragen sollten; diese Summe ist aber thatsächlich um eine Million über das Doppelte überschritten worden, und diese enorme Steigerung ist keineswegs bewilligt, und hätte man sie damals vorausgesehen, so würde man mit Grund annehmen können, daß die damals geschehene Bewilligung überhaupt nicht erfolgt wäre. Aus der Staatskasse sollten die Kosten bezahlt werden und damit kann man doch nicht einen Hinweis auf den Staatschatz identifiziren wollen? Welch eine Ungerechtigkeit liegt darin, von Jemandem eine neue Steuer in Anspruch zu nehmen und ihn zu gleicher Zeit die Kosten der Veranlagung derselben Steuer bezahlen zu lassen (sehr wahr!), das wäre gerade so, als wollte man von Jemandem, außer dem Chauffeegehl noch einen Zuschlag für die Kosten des Chauffeehousen abverlangen. (Sehr wahr! Heiterkeit.) Der Abg. Mitschke hat gesagt, die Grundsteuer stehe fest, die Armee-Reorganisation aber nicht. Freilich hat derselbe Abg. einen Antrag seiner Parteigenossen unterschrieben, worin ausdrücklich erklärt wird, die Reorganisation stehe für alle Ewigkeit fest und sei nicht mehr zu ändern. Ich freue mich aufrichtig, daß er sich in dieser Beziehung eines Besseren überzeugt hat. (Heiterkeit.) Wie die Schultern der Regierung durch Annahme unseres Antrages irgend wie belastet werden sollen, habe ich nicht recht begreifen können; es ist ja doch immer das Land, welches alle Kosten trägt (Heiterkeit). Durch diesen Antrag schaffen Sie einer zur Zeit schwer bedrückten Klasse, den kleinen Grundbesitzern, Erleichterung von der Last der Steuern; daher nehmen Sie ihn an. (Bravo.)

Abg. Hübner: Er könne die Gründe nicht einsehen, ein vom Hause einmal anerkanntes Gesetz wieder in Frage zu stellen. Am Popularität sei es seiner Partei nicht zu thun und er werde auf solchen Grund hin niemals einem Antrage sich anschließen, den er nicht für gerechtfertigt halte.

Abg. v. Benda: Der Vorredner hat sich darauf berufen, daß seine Abstimmung gegen den Antrag seine Popularität nicht beeinträchtigen werde. Ich kann ihm darin beistimmen, ich glaube auch nicht, daß seine Popularität leiden wird. (Heiterkeit.) Im J. 1861 war man allseitig damit einverstanden, daß die Uebernahme der Kosten des Staatschatzes sei und Jedermann kann sich überzeugen, daß der damalige Beschluß nur in Rücksicht auf die westlichen Provinzen gefaßt worden ist. Hr. v. Patow hatte bei der Veranlagung im Herrenhause die Versicherung abgegeben, daß die Kosten auf die Staatskasse übernommen werden sollten, wenn die Gebäudesteuer mehr eintragen würde, als berechnet sei. Die Gebäudesteuer ergiebt nun einen bedeutend höheren Ertrag und die Bedingung, welche Hr. v. Patow damals stellte, ist eingetreten. Die Kosten haben sich aber statt auf 3 Millionen auf 7 Millionen gestellt und wenn die Regierung eine solche Summe schon bei der Veranlagung des Gesetzes in Aussicht gestellt hätte, so würde sich schwerlich eine Majorität für dasselbe gefunden haben. Der Antrag ist nach allen Seiten hin gerechtfertigt und ich glaube auch, daß gegenwärtig der geeignete Zeitpunkt für denselben ist. (Bravo!)

Regierungs-Commissar Geh. Rath Ritter: Ich will nur Namens des abwesenden Herrn Finanzministers die Erklärung abgeben, daß die Staatsregierung sich nicht in der Lage befindet, dem vorgelegten Gesetzentwurf ihre Zustimmung in Aussicht zu stellen.

Berichterstatter Abg. Schiebler: Ich habe kein Motiv gegen den Antrag vernommen, nur allgemeine Aeußerungen: man solle nicht so schnell mit Gesetzesveränderungen vorgehen u. s. w. Ich wünschte, man wäre früher auch der Ansicht gewesen; es wäre für das Land sehr heilsam gewesen, wenn man dieser Ansicht in den J. 1850 und 1851 gefolgt wäre. (Sehr wahr!) Der Antragsteller hat mit seinen Anträgen keine Politik machen wollen, den Antrag nicht gestellt, um der Regierung Mittel zu entziehen und den Staatschatz zu verringern, sondern um ein Werk der Gerechtigkeit zu üben.



Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird der Gesetzentwurf in seinen 3 §§ und demnachst im Ganzen mit großer Majorität angenommen. Das Amendement Reichensperger wird mit geringer Majorität verworfen.

Der letzte Gegenstand der L. D. ist der Gesetzentwurf, betr. die Gerichtsbarkeit der Consulen. Die Commissionen empfehlen die Annahme desselben mit mehreren Abänderungen. Eine große Zahl von Amendements ist gestellt worden von den Abgg. Dr. Lette, Eberth, Meibauer und Rasler. Referent Abg. Kannegießer empfiehlt die Anträge der Commission.

Abg. Dr. Eberth: Nach der im Jahre 1862 von dem Abg. Birchow in diesem Hause gegebenen Anregung wird derselben erst in dieser Session der Gesetzentwurf über die Gerichtsbarkeit der Consulen vorgelegt. Das Bedürfnis der gesetzlichen Regelung auf diesem Gebiete ist jetzt dringender, als je. Was hat sich seitdem ereignet? Dem Impulse des deutschen Volkes folgend haben unsere Brüder in Waffen dem Vaterlande seine Nordmarken wiedergewonnen, den feindlichen Stamm der Nation von dem fremden Joch befreit und auf ewig mit Deutschland vereint. Die deutschen Wimpel und Flaggen, welche jetzt schon alle Meere bedecken, werden in nicht ferner Zukunft auf dem Ocean eine Macht bilden. Diese Macht hat die Aufgabe, die bürgerlichen Interessen zu fördern, denn diese sind die Interessen Deutschlands, nicht die des Absolutismus und Feudalismus. Das Gedeihen im Verkehre der Menschen hängt aber mehr, als von der Macht, von der Gerechtigkeit ab und diese kann nur geübt werden durch unabhängige, keiner anderen Autorität, als der des Gesetzes unterworfenen Richter. Wir wollen die Unabhängigkeit der Rechtspflege allen Deutschen, denn zuletzt muß unsere Flotte doch eine deutsche werden, zu Gute kommen lassen. Dies sind die Motive, welche mich bei meinen, auf Unabhängigkeit der Consulargerichte hinzielenden Amendements bestimmt haben.

Abg. Meibauer: Das Gesetz ist unvereinbar mit den Grundgesetzen unserer Verfassung. Nimmt das Haus das Bedürfnis für genügend nachgewiesen an, so würde die Gerichtsbarkeit der Consulen einzuschränken sein auf die einzelnen Klassen von Vergehen, die der Art. 91 d. V. bezeichnet. Dann aber müssen die Richter Preußen sein, wenn man ihnen so weit gehende Befugnisse erteilen will. Die Regierung ist bekanntlich befugt, zum Consul zu ernennen, wen sie will, und ich weiß nicht, wie man es machen will, gegen einen Consul, der nicht unter preussischer Staatshoheit steht, irgend einen Regress zu erheben. Es ist eine Unmöglichkeit, den Consuln das Recht zum Erlass von Polizeiverordnungen zu geben, und ich warne dringend, heute schon ein Gesetz zu machen, für welches sich bis jetzt sachverständige Stimmen in so geringem Umfang ausgesprochen haben. Die eine sachverständige Stimme, die zur Geltung gekommen ist, ist die des General-Consul Ryno Dnehl. Der hat sich ganz entschieden gegen das Gesetz erklärt. Die Zustände, wie sie jetzt bestehen, sind allerdings vom gesetzlichen Standpunkte aus sehr unbillig, factisch aber nicht so schlimm. Ich bitte deshalb, den Entwurf abzulehnen, eventuell die von uns gestellten Amendements anzunehmen, was eine Zurückweisung der Vorlage an die Commission zur Folge haben möchte.

Reg.-Commissar Geh. R. Pape: Das Consularwesen beruht in Preußen auch auf dem Grundsatze, daß die Consulen nicht mit Gerichtsbarkeit versehen sind, mit Ausnahme der Türkei, Japans und Chinas. Mit diesen Staaten bestehen Verträge, die von der Landesvertretung genehmigt sind. Hier nun ist eine gesetzliche Regelung notwendig geworden. Die größte Unvollkommenheit des bisherigen Verfahrens war der mangelnde Instanzenzug; jetzt wird als zweite Instanz das Appellations-Gericht zu Stettin, als dritte das Ober-Tribunal bestimmt. Die Anstellung besonderer Richter neben den Consulen würde eine Spaltung in das Amt treiben und sein Ansehen erschüttern. Wird die Vorlage abgelehnt, so bleibt die bisherige Gerichtsbarkeit der Consulen bestehen, nur ohne die von der Regierung beabsichtigten Verbesserungen. Denn ausgehen würde die Regierung die Gerichtsbarkeit nicht, wenn sie nicht bedeutende Interessen preisgeben wollte.

Abg. Wachsmuth empfiehlt, da der jetzige Zustand der Consulargerichtsbarkeit unerträglich sei, die Annahme des Gesetzes ohne alle Amendements. Hierauf wird die Discussion auf morgen vertagt.

Es folgen persönliche Bemerkungen zwischen den Abgg. Waldeck und Graf Renard. Waldeck weist den unparlamentarischen Ausdruck „Lügen“ zurück. Thatsachen kann man nicht für Lügen erklären, sie sind entweder wahr oder unwahr. (Sehr richtig, Heiterkeit.) In Betreff der Thatsache beruft er sich auf die Rede des Abg. v. Vinde (Hagen) am 3. Febr. 1863, aus welcher er noch dem stenogr. Bericht verliest: „Der Graf Renard (Vater des gegenwärtigen Abg.) sei 1848, wenn man ihn mit dem unschuldigen Titel „Exzellenz“ anredete, in große Aufregung gerathen und habe gesagt: „bitte, bitte m. H., nicht Exzellenz, nicht Graf, Bürger Renard.“ (Anhaltende Heiterkeit.) Der Graf Renard sei in jener Sitzung bei der Rede des Abg. v. Vinde zugegen gewesen und hätte den Vorgang desavouiren können.

Abg. Graf Renard: Waldeck habe es auf eine politische Denunciation abgesehen (Widerspruch, Heiterkeit), wozu er am wenigsten Grund habe. Abg. Waldeck: Ich möchte wohl wissen, bei wem ich hätte denunciren sollen? (Heiterkeit.) — Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr.

#### Politische Uebersicht.

Wie bereits telegraphisch mitgeteilt, hat die Marine-Commission ihre Beratungen unter Ablehnung der Vorlage und sämtlicher Resolutionen beendet. Aus den letzten Sitzungen erfahren wir folgende Einzelheiten: Abg. Birchow bedauerte, einen Commissar des auswärtigen Ministeriums zu vermissen. Vor Allem sei eine Auskunft darüber erforderlich, ob die Regierung den Umfang ihrer Forderungen in Bezug auf die Herzogthümer eingeschränkt habe, ob sie sich mit dem Kieler Hafen begnügen und die Wünsche namentlich in Bezug auf Alsen aufgeben wolle. Im Uebrigen wurden auch Aufschlüsse über die Kosten neuerer Schiffsbauten als wünschenswerth bezeichnet. — Regierung-Commissar Jacobs erklärte, die Regierung halte in erster Linie die Forderung des Kieler Hafens im Auge und habe dieselbe mit Rücksicht auf die Zukunft gemacht. In Bezug auf Schiffsbauten theilt der Commissar mit, daß die „Victoria“ 562,000 Mk., die „Augusta“ 563,000 Mk., das Thurmsschiff „Theop“ 616,533 Thlr. gekostet hätte. — Abg. Birchow betonte namentlich die Nothwendigkeit des Fortbaues der Befestigungen an der Spitze und der Beschaffung von Stahlgeschützen. — Die Errichtung der erforderlichen Summen für die Marine erklärte Regierung-Commissar Mölle für unthunlich; die Anleihe sei hier das einzige Mittel, um dem dringenden Bedürfnis zu entsprechen. Die Forderungen seien zu so bestimmten Zwecken gemacht, daß von einer Vertrauens-Frage nicht füglich gesprochen werden könnte. — In der Mittwoch-Sitzung erklärte der Commissar des aus-

wärtigen Ministeriums, Geh. Legationsrath Abeken, auf die erneuten Fragen des Abg. Birchow: Die Regierung betrachte die Erwerbung des Kieler Hafens als absolute Bedingung jedes Arrangements. Die Regierung verlange vor Allem volle Sicherheit für die Gewährung ihrer Forderungen, dann erst wolle sie Verträge schließen. Allerdings sei das Land nur den Dänen und nicht der Bevölkerung der Herzogthümer abgenommen worden, allein die Regierung habe dasselbe in Gemeinschaft mit Oesterreich in Besitz, sie habe Besitzrechte der Bevölkerung und auch Oesterreich gegenüber. Zur Erledigung der preussischen Forderungen vor dem Abschluß weiterer Verträge habe Preußen die Einberufung der Stände der Herzogthümer beabsichtigt. Preußen würde sein Verlangen durchsetzen und schreie vor den Folgen nicht zurück. Die Frage, ob Preußen seine Forderungen gemäßig habe, könne verneint werden. Preußen halte alle seine Forderungen vollständig aufrecht, dieselben seien kein Gegenstand des Marktes und Handels. Preußen habe die Interessen des Ganzen im Auge, dem gegenüber käme der Einwand der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, als eines Bruchtheiles nicht in Betracht. Abg. Birchow: Es sei zu bedenken, daß jene Bevölkerung ein Bruchtheil des deutschen, nicht des preussischen Volkes sei. Im Uebrigen scheine aus der Kriegskosten-Vorlage sich zu ergeben, daß Oesterreich die preussischen Forderungen ablehne. Redner wünsche zu wissen, ob die Regierung gleichwohl noch die Hoffnung hege, dieselben zu realisiren? Reg.-Comm. Abeken: Die Unterhandlungen mit Oesterreich schwebten allerdings noch, böten indessen günstige Aussichten, namentlich in Bezug auf den Kieler Hafen, auf die Veranhangung der Bevölkerung zum Dienst auf der preussischen Marine und auf die freie Hafenbenutzung. — Abg. Gneist sprach in längerer Ausführung gegen die Vorlage. Ein solches Gesetz müßte man jeder, auch der freudendsten Regierung gegenüber, ablehnen. Es sei die Vorlage nur eine Ergänzung zum Budget und nach Form und Inhalt nur zu sehr geeignet, das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses in weiterem Umfange zu schmälern. Nach einstündigem Schlußreferat Birchows erfolgte die schon mitgetheilte Abstimmung.

Der „Bresl. Btg.“ wird von Berlin telegraphirt: „Die Fortschrittspartei wird bei der Endabstimmung über die Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts nochmals den Antrag auf gänzliche oder theilweise Absehung der Gebäudesteuer einbringen.“

Zur Geschichte der Unterhandlungen zwischen Rom und Turin wird der „N. fr. Pr.“ geschrieben: „Es lassen sich folgende Punkte authentisch feststellen: 1. Es handelt sich bis jetzt um zwei Schreiben, eines vom Könige Victor Emanuel, das andere vom Papste; 2. der König hat diese Correspondenz eröffnet. Victor Emanuel wendet sich vertrauensvoll an das väterliche Herz des Hauptes der Kirche und bittet den Papst, von den politischen Ereignissen der letzten Jahre absehend, an seinen, des Königs, aufrichtigen Willen zu glauben, den Wirrnissen in den kirchlichen Verhältnissen Italiens ein Ende zu machen. Zu diesem Werke möge der heilige Vater seinen Beistand nicht versagen und Vorschläge gütig aufnehmen, welche der Ueberbringer dieses Schreibens zu machen beauftragt sei. Neun Tage später antwortet hierauf der Papst mit der Versicherung, daß das Vertrauen, mit welchem der König sich an ihn wende, nicht getauscht werden solle, und mit warmen Worten den Trost und die Freude schildere, die es ihm gewähre, daß der König nach fünf Jahren mit dem Ausdruck so frommer Gesinnung sein Schweigen endlich breche. Dies sind thatsächliche Daten.“

Berlin, 18. Mai. Der Baumeister König wird sich heute oder morgen nach Kiel und Friedrichsort begeben, um die Einleitung der in Friedrichsort auszuführenden Bauten für die projectirten Marine-Etablissements zu treffen.

\* Wie die „Rhein. Btg.“ berichtet, wurde in Köln bei der Jubelfeier eine auf einem Hause angebrachte deutsche Fahne auf polizeiliche Weisung entfernt. Das scheint uns kaum glaublich.

Der Chef des Civil-Cabinetts, Geh. Rath Mair, hat gestern Abends von Potsdam eine längere Erholungsreise angetreten und ist zunächst nach der Schweiz gezogen. Vor der Abreise hatte derselbe in Potsdam noch eine Unterredung mit dem Minister-Präsidenten v. Bismarck.

Stettin, 17. Mai. (N. A. B.) Bei Leba verunglückte vor einiger Zeit das englische Schiff „Reward.“ Der englische Botschafter in Berlin ist beauftragt worden, den beiden Ritterschleppern Treichel zu Koppalin und Kramer zu Lübtow für die von ihnen geleistete Hilfe zur Rettung der Besatzung des Schiffes den Dank seiner Regierung auszusprechen, was durch Vermittelung der diesseitigen Verwaltungsbehörden geschehen ist. Auch hat der britische Consul hier selbst den Auftrag erhalten, die Familie des Schiffsbauers Krause zu Koppalin, welcher bei dem gedachten Unglücksfalle, indem er sich an der Hilfeleistung betheiligte, das Leben verloren hat, nach Lage der Umstände eine Unterstützung zu gewähren. (Es ist dieser Fall wiederum ein Beweis, wie nothwendig die Errichtung einer Rettungsstation in Leba, welche bekanntlich seitens des hiesigen Rettungsvereins projectirt wird, ist.)

Frankreich. Paris, 16. Mai. Die Arbeitsverhältnisse beschäftigen die Regierung in hohem Grade. Besonders scheint die Kaiserin-Regentin durch diese um sich greifenden Kundgebungen in Unruhe versetzt. Auf ihren Befehl geschah es, daß Herr Voitte, der Polizeipräsident, eine ausführliche Denkschrift über den Gegenstand an den Kaiser sandte. Und, wie man versichert, hat der Chef der Sicherheitsverwaltung die Sache so bedrohlich dargestellt, daß sich der Kaiser dadurch leicht bestimmt fühlen könnte, seinen Aufenthalt in der Colonie abzukürzen.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 4 Uhr Nachmittags. Berlin, 19. Mai. Die heutige „National-Ztg.“ meldet, daß die handelspolitischen Verhandlungen mit Belgien gestern beendet wurden. Es ist Verständigung in den wesentlichen Punkten erzielt worden. Der definitive Abschluß des Vertrages ist zweifellos baldigst bevorstehend.

Danzig, den 19. Mai.

Das Marine-Ministerium hat die Entsendung des Verwaltungsdirectors der R. Werft zu Danzig, Marine-Intendantur-Raths Pennick und des Unter-Ingenieur Bau nach Stettin, zum Besuche der dortigen Gewerbe- und Industrie-Ausstellung angeordnet.

\* Am Montage fand die Einführung der Kreis- und Gemeinde-Ordnung in Dyra nebst Vereidigung der gewählten 14 Gemeindevertreter durch den Herrn Polizeiamtman statt, da die bisher lediglich durch das Schulzenamt geleitete Verwaltung in Rücksicht der Größe des Dorfes, welches jetzt nahezu 5000 Seelen zählt, nicht mehr genügt.

\* [Schlachthofmarkt am 18. Mai.] Aufgetrieben waren ca. 35 Stück Rindvieh, welche zum Preise von 5½ bis 6¼ Mk. 100 K. lebend Gewicht bezahlt wurden. Hammel waren ca. 250 Stück auf dem Platz, von denen der größte Theil verkauft wurde. Bezahlt 2¼ bis 3¼ Mk. 100 K. Fleischgewicht je nach Qualität der Waare. Von Schweinen war nur ungenügend zugeführt. Es ist sehr zu empfehlen, daß die betreffende Verwaltung den mehrfach geäußerten gerechten Wünschen der Händler mehr Gehör schenkt.

\* Als gestern einige Arbeiter auf einem hiesigen Hofplatze für den bisherigen Lohn die Arbeit wieder aufgenommen hatten, erschien der Arbeiter Gutowski mit ungefähr 40 Genossen, um dies zu hindern. Weitere Mißhandlungen wurden durch das Einschreiten einer bedeutenden Polizei-Mannschaft verhindert, Gutowski verhaftet und die Ruhe wieder hergestellt.

\* [Gerichts-Verhandlungen am 18. Mai.] 1) Der Handschuhmachergeselle Eduard Schlegel hat, während er bei einem Handschuhfabrikanten gegen Lohn und Kost in Arbeit stand, denselben aus einer verschlossenen Arbeitsstube und einem verschlossenen Kiste mittelst Einsteigens in ein Fenster 25 Mk. gestohlen. Außerdem hat er zu verschiedenen Malen Handschuhleder entwendet, welches er verkauft, theils aber auch dem arbeitslosen Handschuhmachergesellen Dahler gegeben, welcher daraus Hosensträger angefertigt und diese verkauft hat. Schlegel gesteht die Diebstähle zu und giebt an, daß Dahler ihn aufgefordert hat, Leder zu stehlen und ihm zu bringen. D. giebt zwar den Empfang des Leders von Sch. zu, er bestritt aber, den Sch. zum Diebstahl desselben angeregt zu haben. Er habe gemeint, die Lederstücke seien Eigenthum des Sch. Der Gerichtshof bestrafte den Sch. mit 2 Jahren Zuchthaus und den D. mit 1 Monat Gefängniß, Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

2) Der Steinmetz Peter Schroeder in Westfalen geriet am 1. d. M. mit seinem Nachbar, den Pächter Weimann, wegen einer geringfügigen Angelegenheit in einen Wortwechsel, wobei Sch. dem W. mit einem dicken Eisenknüttel einen so starken Dief auf den Kopf versetzte, daß W. zur Erde stürzte und bewußungslos liegen blieb. In solchem Zustande verblieb er 24 Stunden und nur schnell herbeigeholte ärztliche Hilfe vermochte die Gefahr für sein Leben zu befeitigen. Sch. ist gefänglich. Er wurde mit 4 Wochen Gefängniß bestraft.

3) Der englische Matrose Plattweit insultirte des Nachts auf der Straße einen Herrn dadurch, daß er dem letzteren die Mütze vom Kopf warf. Dem hinzugelommenen Schuttmann widersetzte er sich und stieß ihn gegen die Brust. Er erhielt 4 Wochen Gefängniß.

Δ Marienburg, 18. Mai. Beinahe wäre gestern die Stadtgemeinde zu einem Gymnasial-Bauplatz gekommen, der zwar nicht in der Stadt, aber unmittelbar neben derselben, hinter der Mauer im alten Stadtgraben, am ehemaligen Schweinemarkt, gelegen ist. Das große Project, dessen neulich erwähnt wurde, bestand darin, die Grundstücke der Peglau'schen Brauerei in der Substation zu erstehen, die eigentliche Brauerei wieder zu verkaufen und über dem neben der Stadtmauer im Graben befindlichen Bierstiller das Gymnasialgebäude aufzubauen. Die Erfinder dieses Projects hielten dasselbe sehr geheim, suchten sich privatim der bestimmenden Personen zu verschleiern, holten Gutachten auswärtiger Sachverständiger ein, beriefen eine vertrauliche Versammlung ausgesuchter Stadtverordneten und konnten somit eines günstigen legaten Beschlusses gewärtig sein, wenn auch später, mit Rücksicht auf mancherlei Umstände, eine ruhigere und weniger günstige Beurtheilung desselben durch die Bürgerschaft eingetreten wäre. Aber die Macht der Verhältnisse war größer. Im Substationstermine wurde das von der Stadtgemeinde abgegebene außerordentlich hohe Gebot von 40,000 Mk. noch um 50 Mk. durch den Kaufmann Müller von Caldow überboten und die Stadt hat daher wieder keinen Bauplatz. In der Masse der Bürgerschaft ist man mit der Verflüchtigung dieses Projects um so mehr einverstanden, als, abgesehen von den enormen Kosten für den Baugrund, Uebelstände anderer Art obwalten, die wenig der künftigen Bestimmung des darauf zu errichtenden Gebäudes entsprechen, die des Näheren anzuführen jedoch die Grenzen einer flüchtigen Correspondenz überschreiten. Den Entwürfen neuer Baupläne für das Gymnasium dürfte aber zu rathen sein, nachgerade dem unter den gegebenen Verhältnissen natürlichsten und billigsten Bauplatz vor dem Marienthor ihre Aufmerksamkeit ausschließlich zuzuwenden.

Lübel, 17. Mai. (Ord. Z.) Gestern Nachmittag 4 Uhr entlud sich über unserer Stadt ein schweres Gewitter, von starkem Hagelschlag und Regenguß begleitet. Um dieselbe Zeit schlug der Blitz in eine Kasse in Bielawel ein und tödtete einen Knaben auf der Stelle, beschädigte einen zweiten und eine Frau der Art, daß man an beider Aufkommen zweifelt.

Elbing, 17. Mai. (R. H. B.) Es ist neulich erwähnt, daß geschäftliche Genossenschaften nach den von Schulze-Dehlsch aufgestellten Principien bei uns seit lange in lebhafte, reicher precifischer Wirksamkeit sind; doch nicht Elbing allein besitzt solche gemeinnützige, besonders den kleinen gewerblichen Geschäftsbetrieb fördernde Anstalten, über die ganze Provinz sind dieselben verbreitet und besonders in den kleineren Städten des Oberlandes, seit längerer Zeit von Männern begründet, denen die Besserung des Volkswohlwils aufrichtig am Herzen liegt. In der Mitte des nächsten Monats, zwischen dem 10. und 20. Juni, soll nun ein Genossenschaftstag für die Provinz Preußen in Elbing abgehalten werden, zu dem alle Theilnehmer sämtlicher auf Gegenseitigkeit und Selbsthilfe basirten berathigen Institute hierher eingeladen werden. Schulze-Dehlsch und wahrscheinlich Parrisius, Cardelagen sind dann während einiger Tage hier anwesend. Es wird demnach ein Localcomité zusammentreten, dem die äußeren Veranstaltungen zu dieser hoffentlich seitens der Provinz sehr zahlreich besuchten Zusammenkunft obliegen. — Zu dem ersten deutschen Sängerbundesfeste in Dresden hat der geschäftsführende Ausschuss des preussischen Provinzial-Sängerbundes die Anmeldungen der einzelnen Sänger und Vereine aus der ganzen Provinz entgegengenommen und an das Festcomité vermittelt. Bis zum 11. Mai waren 141 Personen fest angemeldet, die bereits ihren Beitrag eingezahlt haben, viel bebingte Meldungen werden, da der Dresdener Ausschuss den Termin nachträglich bis zum 15. Juni verlängert hat, bis zu jener Zeit wohl noch zu definitiven gemacht werden. Die Theilnahme vertheilt sich auf die einzelnen Städte der Provinz derart, daß Königsberg 79 Sänger und zwar 36 Mitglieder des Sängervereins, 43 des Vereins der Liebesfreunde sendet, aus der Memeler Vereinsliste 25 Mitglieder gemeldet sind, Reidenburg 7, Stallupöhnen 4, Mehlsack 2, Deutsch Eylau 4, Reuteke 2, Bögen 5, Bartenstein und Allenstein je 1, Sinten 2, Mühlfäusen 3 und Elbing endlich 6 Festgenossen nach Dresden schickt. Auffallend bleibt es, daß wieder Danzig, welches die provinziellen Vereinigungen trotz aller Mahnungen bereits zwei Sommer verhindert hat (das Fest des Provinzial-Sängerbundes sollte schon 1864 stattfinden), auch in Dresden diesmal gänzlich unvertreten bleibt; es hat sich von dort bisher nicht ein einziger Sänger gemeldet. — Bei den Commissions-Beratungen über die Eisenbahnen ist von Abgeordneten unserer Provinz auf manche Mängel und Uebelstände im Betriebe der Ostbahn aufmerksam gemacht und von dem Vertreter der Regierung eine Untersuchung resp. Abstellung derselben in Aussicht gestellt worden. Es ist also zu hoffen, daß die Beschränkung in der Ausgabe von billigen Tagesbillets, die jetzt



18	4	339,14	+ 11,6	Westl. flau, Zenith klar, Himmel bew.
19	8	339,60	+ 10,6	Westl. still, bewölkt.
	12	339,91	+ 13,9	W. flau. • do.



